

## Zur Sache: Wo der Forst Verzicht übt

In Rheinland-Pfalz wächst die Zahl jener Waldflächen, in denen der Forst auf eine wirtschaftliche Nutzung bereits heute oder nach einer Übergangsphase verzichtet. Dazu zählen Naturwaldreservate, ein Teil der Naturschutzgebiete und die Kernzonen im Pfälzerwald. Auf solchen „Prozessschutzflächen“ sollen natürliche Entwicklungszyklen ungestört ablaufen.

Allein die Kernzonen im Pfälzerwald umfassen 3866 Hektar, die sich überwiegend in Landeseigentum befinden. Mit Stand August 2013 waren im gesamten rheinland-pfälzischen Staatswald 7142 Hektar als Prozessschutzflächen ausgewiesen. Das entspricht einem Anteil von 3,5 Prozent der landeseigenen Waldflächen. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) begründet weitere Ausweisungen regelmäßig mit dem Hinweis auf die seit 2007 geltende „Nationale Biodiversitätsstrategie“ der Bundesregierung. Um die Artenvielfalt zu fördern, sollen danach bis zum Jahr 2020 zehn Prozent des öffentlichen Waldes einer natürlichen Entwicklung unterworfen werden. Dazu sollen in den kommenden Jahren der Nationalpark im Hunsrück weitere 7500 Hektar und die Ausweitung der Kernzonen im Pfälzerwald weitere 1563 Hektar beitragen. Zum Vergleich: Der gesamte Wald in Rheinland-Pfalz umfasst 840.000 Hektar. (jüm)

### NILS FRAGT

## Können Pappeln auch zittern?



Es gibt eine Pappelart, die hat gleich zwei Namen: „Espe“ und „Zitterpappel“ bezeichnen den gleichen Baum.

Jedes Kind kennt die Redensart: „Er hat vor Angst gezittert wie Espenlaub.“ Ein passender Vergleich. Die Blätter der Zitterpappel haben sehr lange Blattstiele. Außerdem sind die Stiele nicht rund, sondern etwas gequetscht. Diese Besonderheit lässt die Blätter schon beim leisenest Windhauch in Bewegung geraten, also scheinbar zittern. Ein Münchner Physiker hat sich das vor Jahren genauer angeschaut. Dabei hat er festgestellt, dass das „Zittern“ den Pappeln Vorteile bringt: Sie können dadurch über ihre Blätter leichter Kohlendioxid aus der Luft aufsaugen, das sie zur Energiegewinnung und damit zum Leben brauchen. (jüm)

# „Der Natur freien Lauf lassen“

Die Mainzer Landesregierung will entlang des pfälzischen Rheinufer mehr Wildnis wagen: In Teilen des Auwaldes wird der Forst nach und nach auf Baumfällungen verzichtet. Auf diese Weise soll diese artenreiche Landschaft zusätzlich geschützt werden.

**MAINZ** (jüm). Rheinland-Pfalz trägt nach Überzeugung von Holger Schindler, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „eine besondere Verantwortung“ für den Auwald am Oberrhein. Sind doch entlang des Flusses nur noch zwischen dem südpfälzischen Neuburg und dem rheinhessischen Worms größere Relikte dieser urwüchsigen Landschaftsform erhalten geblieben. Zudem gilt dieser Uferstreifen als besonders reich an seltenen Tier- und Pflanzenarten, wie Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) gestern betonte: Mittelspecht, Kammolch, Bechsteinfledermaus oder Hirschkäfer seien hier zu Hause.

Um diesen „Naturschatz“, so die Ministerin, für die Zukunft zu sichern, werden in den kommenden 30 Jahren schrittweise 940 Hektar aus der forstlichen Nutzung herausgenommen. Betroffen werden ausschließlich solche Auwaldflächen sein, die

- sich im Eigentum des Landes befinden und
- die zwischen Deich und Rheinstrom liegen und somit bei Hochwasser regelmäßig überschwemmt werden.

BUND-Vize Schindler sprach gestern bei der Unterzeichnung einer entsprechenden Zielvereinbarung mit dem Umweltministerium von einem „Meilenstein“: Auwälder würden mit die höchste Artenvielfalt aufweisen. Und: „Aktive Auwälder eignen sich besonders gut als Wildnisgebiete, da hier der Rhein die Landschaft gestaltet und zu einem Mosaik verschiedener Lebensräume und damit zu einer hohen Biodiversität führt.“

- Zu diesen vorgesehenen Arealen zählen unter anderem
- landeseigene Flächen im Naturschutzgebiet „Goldgrund“ östlich von Hagenbach,
  - ein Streifen zwischen Leimersheim und Sondernheim,
  - Auwald östlich von Lingenfeld gegenüber der Insel Grün,
  - Auwald südlich von Mechttersheim
  - ein Bereich der Insel Flotzgrün südlich von Speyer
  - oder auch Teile des Naturschutzgebietes Böllenwörth östlich von Otterstadt.

Bereits ab diesem Jahr werden laut Ministerium 260 Hektar Auwald nicht mehr bewirtschaftet. In der bis zum Jahr 2044 laufenden Übergangsphase sollen unter Naturschutz-Ge-



Urwüchsig: eine Rheinauenlandschaft beim südpfälzischen Wörth-Maximiliansau.

FOTO: VAN

sichtpunkten besonders wertvolle Bäume vorrangig geschützt werden. Demgegenüber werden solche Baumarten, die im Auwald erst durch den Einfluss der Forstwirtschaft Wurzeln schlagen konnten, gefällt.

Zu letzteren zählt die Hybridpappel. Dabei handelt es sich um eine Kreuzung zwischen der kanadischen Pappel und der heimischen Schwarzpappel, wie Monika Bub, die Leiterin des Forstamtes Pfälzer Rheinauen in Bellheim erläutert. Der Forst setzte auf die schnell wachsenden Hybriden vor allem in den Notzeiten nach den Weltkriegen: Während eine Eiche üblicherweise erst nach einem Wachstum von rund 200 Jahren „erntereif“ ist, hat die „Turbo-Pappel“ schon nach 40 Jahren solche Ausmaße erreicht, dass sie für die Holzwirtschaft von Interesse ist.

Diese Baumart hat denn auch für das Rheinauen-Forstamt besondere Bedeutung. Ein erheblicher Teil des Pappelholzes wird in Obst- und Gemüseboxen verwandelt. Hier profitiert das Forstamt von der Nähe zum

vorderpfälzischen Anbaugelände. Zum anderen wird es für Holz-Kunststoff-Verbundwerkstoffe – besser bekannt unter der englischen Abkürzung WPC – verwendet. WPC-Bretter werden wegen ihrer Beständigkeit beispielsweise als Terrassendielen im Außenbereich geschätzt.

Wildnis als Studienobjekt: Welche Arten werden sich ohne Einfluss durchsetzen?

Mit der Entnahme von „naturfernen“ Hybridpappeln und dem schrittweisen Verzicht auf Bewirtschaftung „wird der Natur freien Lauf gelassen“, erläuterte Schindler. In diesen ausgewählten Auwald-Bereichen werde sich beobachten lassen, welche Arten sich auf natürlichem Wege durchsetzen. Daraus könne man auch Lehren für die bewirtschafteten Wälder ziehen. Ziel sei ein Biotopverbund.

Für das Forstamt bedeutet die Herausnahme der 940 Hektar langfristig Einnahmeverluste. Demgegenüber

stehen laut Monika Bub eingesparte Ausgaben für Neuanpflanzungen. Außerdem sei die Holzrente im Auwald zwischen Deich und Rheinstrom unwidriger als an anderen Standorten: In manchen Jahren werde der Einschlag durch Hochwasser ver- oder zumindest behindert. Außerdem müssten gefällte Bäume umgehend hinter den schützenden Deich geschafft werden, damit sie nicht durch Hochwasser in den Fluss geschwemmt werden und dort womöglich Schiffe beschädigen können.

Um dieser Verkehrssicherungspflicht zu genügen, wird der Forst laut der Zielvereinbarung auch künftig überall dort Bäume fällen, wo von ihnen Gefahren ausgehen können. Dies gilt nicht nur mit Blick auf die Schifffahrt, sondern auch hinsichtlich der Wege. Denn das Betretungsrecht des Waldes bleibt laut Monika Bub unangetastet. Als hilfreich dürfte sich im Hinblick auf die Verkehrssicherung allerdings ein Wegekonzept erweisen, um Ströme von Waldbesuchern zu lenken. **ZUR SACHE/NILS FRAGT**

### PFALZ KOMPAKT



#### Warten auf mehr Blüten

Als Termin für das Mandelblütenfest im Neustadter Ortsteil Gimmeldingen wird dort das Wochenende vom 21. und 22. März ins Auge gefasst. Das teilte Ortsvorsteherin Claudia Albrecht gestern auf Anfrage mit. Das Vorbereitungsteam werde kurzfristig entscheiden, wann gefeiert wird. Zwar blühen schon einige Mandelbäume, aber wann sich die große Blütenpracht voll entfaltet, ist laut Gartenakademie am Dienstleistungszentrum Ländliche Raum Neustadt angesichts des wechselhaften Wetters noch offen. Auch der Termin für die **Edenkobener** Mandelmeile, die entlang der Allee zur Villa Ludwigshöhe gefeiert wird, steht daher noch nicht fest. Die Tourist-Information Edenkoben geht derzeit davon aus, dass es das Wochenende vom 28. und 29. März sein wird. Eine Entscheidung werde wahrscheinlich Ende der Woche fallen. (ann/Archivfoto: dpa)

#### Museums-Stelle wieder besetzt

Das **Pirmasenser** Mitmach-Museum Dynamikum bekommt wieder einen neuen pädagogischen Leiter. Vorgänger Andreas Hecker hatte im Sommer 2013 aus privaten Gründen gekündigt. Nach 21-monatiger Vakanz übernimmt jetzt der 38-jährige Karlsruher Biologe Daniel D'Amato die Stelle, die künftig pädagogischer Koordinator heißt. Für den Job hatte es zuletzt 70 Bewerber gegeben, auf eine erste Ausschreibung hatten sich 100 Leute gemeldet. (cla)

#### Welpen aus Kanal gerettet

Sechs Welpen sind gestern in einem Kanalschacht in **Wachenheim** (Kreis Bad Dürkheim) gefunden worden. Die Tiere können erst wenige Stunden zuvor zur Welt gekommen sein, die Nabelschnur war noch dran. Ein Tierarztverein hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. (psp)

### HEIT SCHUNN GELACHT?

De Hubert zum Robert: „Kennst du de Klaus?“ De Robert: „Klar, kenn ich de Klaus – ich han ihm erscht geschertert hunnert Euro geliehe ...“ De Hubert: „Ach – ich han gedenkt, du kennst de Klaus ...“ (waw)

### EINWURF

## Ruinöse Wohltaten

VON CLAUDIUS-PETER SCHMIDT

Es verbietet sich fast, von „guter Gesellschaft“ zu sprechen. Wie Ludwigshafen, gehört Saarbrücken zu den zehn am höchsten verschuldeten Städten in der Republik. 1,1 Milliarden Miese drücken die saarländische Landeshauptstadt. Das Dramatische dabei: Wie in Saarbrücken, sieht es – gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung – fast im ganzen Saarland aus. Der Pfälzer Professor Martin Junkernheinrich war dann doch erstaunt. Dass ein Land, das so hoch verschuldet ist, seinen Bürgern so wenig aberlangt, verwundert. Bei den Kommunalsteuern und praktisch allen Gebühren stellen die 52 Saar-Gemeinden ihre Einwohner besser als anderswo in der Republik. Die Grundsteuer ist ein drastisches Beispiel. Der Hebesatz liegt 60 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Westländer. Das schont dem Becker Heinz sein klein Häuschen, führt die Gemeinde aber – in der Summe der Wohltaten – direkt in den Ruin. Innenminister Klaus Bouillon, selbst 34 Jahre Stadtoberhaupt, konstatierte gestern trocken: „Im Saarland insgesamt ist noch nicht angekommen, dass wir sparen müssen.“ Wann, wenn nicht jetzt.

## Steuersünder: Im Februar weniger Selbstanzeigen

**MAINZ** (Irs). Die Anzahl der Selbstanzeigen wegen Steuerbetrugs ist in Rheinland-Pfalz im zweiten Monat der verschärften Regeln gesunken. 222 gab es im Februar bezogen auf Kapitalvermögen im Ausland, wie das Finanzministerium in Mainz mitteilt. Im Januar war mit 712 Selbstanzeigen ein Rekord zu verzeichnen. Seit Jahresbeginn ist es für reuige Steuerbeträger deutlich teurer, per Selbstanzeige straffrei davonzukommen.

# Mit dem Rücken zur Wand

Saar-Kommunen haben 2,1 Milliarden Kassenkredite – Gutachter rät zu zehn Prozent Stellenabbau

**SAARBRÜCKEN** (cps). Dass das Saarland ohne jährliche Millionenhilfen nicht über die Runden kommt, ist bekannt. Wie dramatisch die Lage der 52 Gemeinden und sechs Kreise aber ist, machte gestern ein Gutachten des Kaiserslauterer Wirtschaftswissenschaftlers Martin Junkernheinrich deutlich.

Schon jetzt mit 6220 Euro pro Einwohner die am höchsten verschuldeten Kommunen in Deutschland vereint, steuert man ohne harte Maßnahmen, die den knapp eine Million Saarländern an den Geldbeutel gehen werden, dem Kollaps entgegen.

Zweieinhalb Jahre hat der für seine Analyse öffentlicher Haushalte renommierte Professor der TU Kaiserslautern die seit 1974 im Zuschnitt unveränderten Saar-Kommunen durchforstet. Ansatzpunkte für eine Gebietsreform zu finden, war nicht sein Auftrag. Nur die Finanzen zu durchleuchten. Fazit: Sie sind verheerend.

Im laufenden Betrieb, also bei ihrer ganz normalen Wahrnehmung gesetzlicher und freiwilliger Aufgaben, machen die 52 Gemeinden jährlich 120 Millionen Euro Miese. Das strukturelle, wiederkehrende Defizit wird noch durch aktuell zu zahlende 40 Millionen Euro Zinsen vergrößert, so dass der kommunale Schuldenberg Jahr für Jahr um 160 Millionen Euro wächst. Damit nicht genug: Allein 2,1 Milliarden Euro Schulden aus Kassenkrediten („kommunaler Dispo“) sind laut Junkernheinrich bis September vorigen Jahres aufgelaufen. Damit werden – was eigentlich nicht sein dürfte – Ausgaben für Personal und Soziales, nicht für nachhaltige Investitionen finanziert.

Pro Kopf stehen die Saarländer mit 2109 Euro im Dispo, die auch nicht unbelasteten Rheinland-Pfälzer mit 1608 Euro. „Dieser Weg führt unweigerlich in die Überschuldung“, bescheinigte der Gutachter gestern bei der Vorstellung seiner 400 Seiten starken Analyse in Anwesenheit der Spitzen des Kommunalverbände.



Vieles gehört der Bank: Wie die Bürger der Landeshauptstadt Saarbrücken drücken die Saarländer insgesamt die höchsten Gemeindeforderungen in ganz Deutschland: 6220 Euro pro Kopf.

FOTO: BECKER & BREDEL

Grund für die seit Jahrzehnten gelebte Misere ist die strukturell bedingte geringe Finanzkraft der Saar-Kommunen (geringe Gewerbesteuer, hohe Sozialausgaben im Zuge der Stahlkrisen), aber, wie Junkernheinrich herausstellte, auch wenig Haushaltsdisziplin und kaum Wille zum Sparen. „Eine Kommunalaufsicht der Haushaltsführung findet de facto nicht statt. Wir haben von Landkreisen gehört, die seit zehn Jahren nicht geprüft wurden“, sagte Junkernheinrich. Unerklärlich seien die pro Fall exorbitant hohen Sozialausgaben. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt wür-

den im Regionalverband Saarbrücken etwa durchschnittlich 5350 Euro ausgegeben, in Rheinland-Pfalz 1561 Euro. Die Leistungen bei Hilfe zur Pflege lägen nahezu doppelt so hoch wie in Nordrhein-Westfalen.

Junkernheinrich schlägt drastische Maßnahmen vor, will man den kommunalen Bankrott überhaupt noch aufhalten. Zehn Prozent der 14.500 Stellen bei den Gemeinden seien abzubauen (Einsparvolumen: 62 Millionen Euro), praktisch alle Gebühren um zehn bis 15 Prozent (Einnahmen: 19 Millionen) zu erhöhen, die Grundsteuer der Haus- und Garten-

besitzer deutlich anzuheben (28 Millionen). Zudem seien Einschnitte in die kommunale Infrastruktur – Stichwort: Bäderschließungen – unumgänglich, meint der Wirtschaftswissenschaftler. Auch dürfe das Land nicht mehr zu Lasten der Gemeinde sparen, entlastende Bundesmittel müssten bei den Kommunen auch ankommen.

Als Sofort-Maßnahme kündigte Saar-Innenminister Klaus Bouillon (CDU) an, die Kommunalaufsicht in seinem Haus personell zu stärken: „Ich habe schon veranlasst, dass in Kreuze drei, vier Prüfer hinzukommen. Auch werden wir mit externen Gutachtern arbeiten. Auch schon in der Begleitung der Gemeinderäte bei der Haushaltsaufstellung.“ Zudem werde er die Sozialausgaben der Kreise begutachten lassen. Dass innerhalb des Saarlandes bei vergleichbaren Aufgaben teilweise das Doppelte gezahlt werde, sei nicht hinnehmbar. Unmittelbar nach Amtsunternahme im Januar hatte der ehemalige Bürgermeister von St. Wendel eine Verstärkung beim Koalitionspartner SPD in der Landesregierung hervorgerufen, weil er insbesondere der SPD-geführten Landeshauptstadt Spar-Unwille bescheinigt hatte. Durch die Annahme Junkernheinrichs, dass Stellenkürzungen beim kommunalen Personal im Umfang von zehn Prozent angesichts der schwindenden Bevölkerung im Saarland nicht zu ambitioniert seien, fühlte er sich gestern bestätigt. „Wenn man weiß, dass 2607 Mitarbeiter in den kommenden zehn Jahren altersbedingt ausscheiden, muss der Sparbeitrag doch zu erreichen sein. Nur jede zweite Stelle muss nicht wieder besetzt werden“, sagte Bouillon.

Der saarländische Städte- und Gemeindetag, der gemeinsam mit Landesregierung und Landkreistag das Gutachten in Auftrag gegeben hatte, zeigte sich offen für Einsparungen und Einnahmesteigerungen, betonte aber gestern, dass es auf Hilfen von Bund und Land ankomme. **EINWURF**

## Bundesstraße 10: Verkehrsgewerbe gegen Mautpläne

**KAISERSLAUTERN** (swz). Gegen eine Mautpflicht für Lkw auf der B 10 hat sich das pfälzische Verkehrsgewerbe ausgesprochen. Die Landesregierung erwägt diesen Schritt, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die B 10 zwischen Pirmasens und Landau nicht für den Lkw-Transitverkehr gesperrt werden darf.

„Die B 10 dient qua ihrer Widmung zur Aufnahme des weiträumigen und überregionalen Verkehrs, und damit auch dem Transitverkehr“, sagte gestern die Vorsitzende des Verbandes des Verkehrsgewerbes Rheinhesen-Pfalz, Henriette Koppenhöfer, in Kaiserslautern. Dies sei bereits im Mediationsverfahren zum Konflikt um den B-10-Ausbau sehr deutlich geworden worden. Warum die Landesregierung auf die Bewertung eines renommierten Verwaltungsjuristen nicht vertraut habe, sondern ein weiteres Gutachten eingeholt hat, erschließe sich ihr nicht, sagte die Verbandschefin.

Insbesondere die Grünen in der Landesregierung befürworteten ein Transitverbot auf der B 10 als Alternative zu dem von ihnen abgelehnten vierspürigen Ausbau der Strecke. Wie berichtet, hatte die Landesregierung deshalb Professor Gerrit Mansen, der an der Regensburg Universität Öffentliches Recht lehrt, mit einem erneuten Gutachten beauftragt. Er riet jedoch ebenfalls von einer Sperrung für den Lkw-Transitverkehr ab. Die Gefahr sei zu groß, dass eine solche Anordnung vor dem Verwaltungsgericht keinen Bestand haben würde. Der Geschäftsführer des Verkehrsgewerbe-Verbandes, Heiko Nagel: „Außer Spesen, nichts gewesen! Und die Zeche zahlt wieder einmal der Steuerzahler!“

Eine „Bemaunung der B 10, wie sie Innenminister Lewentz (SPD) jetzt prüfen lassen will, lehnt der Verband ab. Dies sei nur für vierspürige Bundesstraßen möglich, sagte Nagel. Man könne nicht gegen den vierspürigen Ausbau der B 10 sein und gleichzeitig für eine Mautpflicht eintreten.